



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit*

---

**2011/2056(INI)**

28.6.2011

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und  
Lebensmittelsicherheit

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu einer effizienten Rohstoffstrategie für Europa  
(2011/2056(INI))

Verfasserin der Stellungnahme (\*): Judith A. Merkies

(\* ) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze“ (KOM(2011)0025) und insbesondere, dass darin ein Schwerpunkt auf Rohstoffe und rückgewonnene Rohstoffe aus mineralischen und biotischen Ressourcen gelegt wird, Ressourceneffizienz und Recycling hervorgehoben werden und eingeräumt wird, dass die Rückgewinnung nützlicher Stoffe aus Siedlungsabfall als wertvolle Quelle für die Auffindung von Rohstoffen wichtig ist, also die Wiederverwendung von Rohstoffen, die Abfallveredelung im Zusammenhang mit Rohstoffen und das Recycling von Rohstoffen, und dass darin die Entschlossenheit zum Ausdruck kommt, alle drei Säulen dieser umfassenden Herausforderung anzugehen, nämlich die Sicherung einer fairen und dauerhaften Versorgung mit Rohstoffen auf den Weltmärkten, die Förderung einer nachhaltigen Versorgung in der EU sowie die Steigerung der Ressourceneffizienz und die Förderung des Recyclings; stellt fest, dass das Recycling häufig einen Wertverlust bei dem betreffenden Stoff bewirkt und ein stärkerer Schwerpunkt auf die stoffliche Veredelung gelegt werden sollte, durch die der rückgewonnene Stoff wieder einen Wertzuwachs erfahren würde; weist auf das Potenzial der Wiederverwendung als eigene Kategorie hin, mit der die Lebensdauer von Produkten verlängert werden kann, und fordert die Kommission auf, die Wiederverwendung auszubauen, vor allem im Zuge ihrer Politik im Bereich Ökodesign und ihrer Abfallpolitik; bedauert jedoch, dass die Kommission keine Vorschläge für konkrete Maßnahmen vorgelegt hat, und weist warnend darauf hin, dass die festgelegten Ziele ohne diese Maßnahmen wohl kaum verwirklicht werden dürften;
2. betont, dass insbesondere im Bereich Rohstoffe eine kohärente Politik, eine strategische und langfristige Perspektive und ein unter allen beteiligten Akteuren – vor allem innerhalb der Kommission – abgestimmter Ansatz von außerordentlicher Bedeutung sind;
3. hebt hervor, dass für einen gezielteren Ansatz weitere Daten und zusätzliche Studien erforderlich sind, vor allem Analysen von Abfallströmen, aber auch Analysen des Potenzials innovativer Technologien in den Bereichen Recycling und Substitution;
4. begrüßt es, dass die Kommission in ihrer Mitteilung einräumt, wie wichtig die Rückgewinnung nützlicher Stoffe aus Siedlungsabfall als wertvolle Quelle ist, was die Auffindung und das Recycling von Rohstoffen bzw. die Abfallveredelung im Zusammenhang mit Rohstoffen anbelangt, vertritt die Auffassung, dass dringend weitere Informationen über die Rückgewinnung nützlicher Stoffe aus Siedlungsabfall benötigt werden, und fordert deshalb die Kommission auf, vor allem das Potenzial, aber auch die möglichen Einschränkungen dieser Methode zu bewerten; weist auf das Potenzial der Wiederverwendung als eigene Kategorie hin, mit der die Lebensdauer von Produkten verlängert werden kann, und fordert die Kommission auf, die Wiederverwendung auszubauen;
5. stellt fest, dass ein geringerer Verbrauch, die Abfallvermeidung und die

Wiederverwendung Kernkomponenten des Übergangs zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft sind;

6. betont, dass es in Anbetracht des Wachstums der Weltbevölkerung, des Verbrauchsanstiegs und der Wirtschaftswachstumsziele der EU noch wichtiger ist, Wachstum und Rohstoffverwendung zu entkoppeln; hebt deshalb hervor, dass Reduktionsziele festgelegt werden sollten, um die Rohstoffverwendung zu stabilisieren, und regt eine belastbare und verlässliche Methode zur Messung der Effizienz bei der Ressourcenverwendung an, aus der sich jährliche sektorbezogene Reduktionsziele für die Ressourcenverwendung in der EU ergeben würden; ist der Ansicht, dass Fortschritte zur Verwirklichung dieser Ziele und die Umsetzung von Unterstützungsmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten im Europäischen Semester, dem System für Berichte über die Koordinierung und Überwachung der Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten, protokolliert werden sollten; stellt fest, dass die in der Mitteilung der Kommission genannten drei Säulen benötigt werden, um die künftig wachsende Nachfrage nach Rohstoffen zu bewältigen, regt jedoch an, eine klare Hierarchie unter den Säulen herzustellen, wobei Ressourceneffizienz und Recycling Vorrang genießen und darauf die Entwicklung des nachhaltigen Bergbaus in der EU und schließlich die Sicherung des fairen und dauerhaften Zugangs zu Rohstoffen aus Drittländern folgen; betont, dass eine auf Rohstoffeffizienz ausgerichtete Politik Bestandteil eines integrierten Ansatzes sein muss, der sich auf die besten geltenden Vorschriften des europäischen Umweltrechts zur Regelung der Ressourceneffizienz in vielen Sektoren stützen muss; hebt hervor, dass auf wissenschaftlicher Grundlage eine eindeutige Definition des Begriffs „Ressourceneffizienz“ formuliert werden muss;
7. fordert alle Akteure auf, den Wettbewerb um die Verwendung von Rohstoffen stärker ins Bewusstsein zu rücken; fordert die Kommission auf, die Ausarbeitung einer Rohstoffhierarchie zu prüfen, um eine breit angelegte Diskussion über die Verwendung von Rohstoffen mit möglichst hoher Wertschöpfung und ohne Umweltbeeinträchtigung anzuregen; fordert die Kommission auf, den Wettbewerb um diese Rohstoffe zu erfassen und das Problem des unnötigen Rohstoffverbrauchs anzugehen;
8. fordert die Kommission auf, Daten über die Verfügbarkeit, die Zugänglichkeit und den Handel mit Rohstoffen und rückgewonnenen Stoffen auf der Ebene der EU zu erfassen, zu analysieren und zu veröffentlichen; ist der Ansicht, dass die Daten auch erfasst werden sollten, damit die stofflichen Eigenschaften verglichen, Substitutionsoptionen geprüft, auf eine möglichst effiziente Verwendung hingewirkt und bewährte Verfahren ausgetauscht werden können;
9. hebt es als wichtig hervor, einen Lebenszyklusansatz für Rohstoffe auszuarbeiten, zu fördern und umzusetzen und dadurch die Umweltfolgen zu ermitteln und die externen Umweltkosten zu internalisieren, die mit der Rohstoffgewinnung und -verwendung verbunden sind, die höchstmögliche Qualität von Rohstoffen über einen längeren Zeitraum zu sichern und eine möglichst lange Lebensdauer von Rohstoffen zu erreichen, und hebt hervor, dass Indikatoren zur Messung der effizienten und wirkungsvollen Ressourcenverwendung benötigt werden;

10. stellt fest, dass die vollständige Umsetzung der Ökodesignrichtlinie<sup>1</sup> in dieser Hinsicht von großer Bedeutung ist, wobei über die Energieeffizienz hinaus auch die Ressourceneffizienz und andere Umweltfolgen in den Blick genommen werden sollten; fordert, in allen Durchführungsmaßnahmen ab 2013 verbindliche Recycling- und Ressourcenanforderungen einzuführen; ist der Ansicht, dass Konstrukteure und Wissenschaftler aktiv daran beteiligt werden sollten, im gesamten Lebenszyklus eines Produkts dafür zu sorgen, dass Rohstoffe effizient und rationell verwendet werden, weil ein hochwertiges Recycling nur möglich ist, wenn der Produktkreislauf vollständig geschlossen ist und alle Akteure zusammenarbeiten, um eine hohe Sammelquote herbeizuführen;
11. betont, dass Innovationen bei der Bewältigung neuer Herausforderungen entscheidend sind und dass die Ressourceneffizienz fester Bestandteil einer Politik sein muss, die auf die Förderung von Forschung und Innovation zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der EU abzielt;
12. legt der Kommission nahe, eine Recycling-Strategie auszuarbeiten, in deren Rahmen die Rückgewinnung so nah wie möglich an der Abfallquelle erfolgt, darunter auch die Abwasserreinigung, weil dadurch auch die Rückgewinnung höherer Konzentrationen von Rohstoffen ermöglicht würde, der Nichtrückgewinnbarkeit vorgebeugt würde, die negativen Umweltfolgen verringert würden und möglicherweise mehr Energieeffizienz bewirkt würde;
13. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Einsatz und die Entwicklung geeigneter wirtschaftspolitischer Instrumente – einschließlich Anreizsysteme zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins der Hersteller – auszudehnen, um die effiziente Rohstoffverwendung zu fördern und den Grad der Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit von Rohstoffen bzw. der Abfallveredelung im Zusammenhang mit Rohstoffen, den Grad der Weiterverarbeitbarkeit und den Umfang von Demontage und Rückgewinnung von Rohstoffen zu erhöhen; fordert die Kommission insbesondere auf, die Richtlinien über die umweltgerechte Gestaltung, über Altfahrzeuge<sup>2</sup>, über Elektro- und Elektronik-Altgeräte<sup>3</sup> und über Batterien und Akkumulatoren<sup>4</sup> zu überarbeiten; hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer effizienten Kreislaufwirtschaft hervor;
14. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, an die Verbraucher gerichtete Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen durchzuführen, um die Verwendung von Recyclingprodukten zu fördern;
15. ist der Ansicht, dass das (möglichst vollständige) Recycling von Stoffen nicht nur die

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte; ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 10.

<sup>2</sup> Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge; ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 34.

<sup>3</sup> Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE); ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 24.

<sup>4</sup> Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren und zur Aufhebung der Richtlinie 91/157/EWG; ABl. L 266 vom 26.9.2006, S. 1.

nachteiligen Umweltfolgen bei Ende der Lebensdauer (umweltbelastende Rückstände) verringern und dazu beitragen dürfte, das Problem der Knappheit zahlreicher Primärrohstoffe zu bewältigen, sondern auch von sich aus Chancen für die industrielle Entwicklung schaffen dürfte; fordert die Kommission auf, die Verwirklichung dieser Chancen, die in der gegenwärtigen Krise besondere Bedeutung haben, voranzubringen;

16. fordert die Kommission auf, nach Maßgabe einer geeigneten Folgenabschätzung eine „Überwachungskette“ für alle Rohstoffe auszuarbeiten, bei der den Herstellern vorgeschrieben wird, den Ursprung der Rohstoffe in einem transparenten System zu erfassen, und die an vorhandenen Beispielen (wie der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 über Holz und Holzzeugnisse) orientiert ist, sodass künftig Nachhaltigkeitskriterien für Rohstoffe ausgearbeitet werden können;
17. fordert die ordnungsgemäße und rasche Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie<sup>1</sup> und die Einführung eines gestaffelten Deponieverbots für recyclingfähige Rohstoffe, die Ausarbeitung von Kriterien der umweltgerechten Gestaltung, damit die große Mehrheit der auf den Markt gebrachten Produkte rezykliert werden kann, sowie strenge und anspruchsvolle Effizienzkriterien für die Verbrennung mit Energierückgewinnung, mit denen auf die Wiederverwendung und das Recycling anstelle der Verbrennung von Rohstoffen hingewirkt werden soll, damit möglichst viele nützliche Rohstoffe möglichst früh und nah an der Abfallquelle rückgewonnen werden, der Nichtrückgewinnbarkeit vorgebeugt wird, schädliche Umweltfolgen verringert werden und die Energieeffizienz gesteigert wird;
18. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Abfalldeponien<sup>2</sup> vorzulegen und die in Artikel 5 Absatz 2 dieser Richtlinie genannten Ziele fortzuschreiben und zu erweitern; ist der Ansicht, dass im Sinne der Abfallrahmenrichtlinie das Reduktionsziel in Bezug auf das Verbot der Deponierung von biologisch abbaubaren Siedlungsabfällen ab 2020 auf alle biologisch abbaubaren Abfälle ausgedehnt und auf 5 % festgelegt werden sollte;
19. schließt sich der Analyse der Kommission an, dass eine bessere Durchführung und Durchsetzung der geltenden Vorschriften im Abfallrecht der EU von entscheidender Bedeutung für die Steigerung der Ressourceneffizienz Europas ist, und fordert deshalb die Kommission auf, bis Ende 2011 eine EU-Einrichtung für die Umsetzung des europäischen Abfallrechts in Kombination mit einer besonderen europäischen Stelle zur Durchführung von Umweltinspektionen einzurichten, weil eine bessere Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften zusätzlich zu den Vorteilen für die Umwelt und die Gesundheit des Menschen erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen und den Zugang zu wertvollen Sekundärrohstoffen verbessern würde;
20. ist der Ansicht, dass die Ziele, die bereits in zahlreichen Richtlinien über die Sammlung und Trennung von Abfällen festgelegt wurden, noch genauer ausgearbeitet werden sollten, damit in jeder einzelnen Phase des Recyclings – Sammlung, Demontage, Vorverarbeitung

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien; ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3.

<sup>2</sup> Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien; ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1.

und Recycling/Aufbereitung – die Rückgewinnung möglichst vieler und möglichst hochwertiger Stoffe festgelegt wird;

21. fordert die Kommission auf, die Ziele des Aktionsplans für die biologische Vielfalt in die Rohstoffstrategie zu integrieren, um die Verbindungen zwischen Wirtschaft und Umwelt zu stärken und den Umweltfolgen der Gewinnung, Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Rohstoffen Rechnung zu tragen; fordert die Kommission auf, die Ausarbeitung einer strategischen Flächennutzungsplanung in allen Mitgliedstaaten zu unterstützen, um die Gewinnung von Rohstoffen mit den anderen Arten der Inanspruchnahme von Flächen in Einklang zu bringen und die Umwelt und die biologische Vielfalt zu schützen;
22. begrüßt die Entwicklung von Instrumenten und Indikatoren wie in der TEEB-Studie (The Economics of Ecosystems and Biodiversity – Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität), mit denen der monetäre Wert von biologischer Vielfalt und Ökosystemen neu bewertet wird und wichtige Hinweise auf den tatsächlichen Preis der Gewinnung, Verwendung und Entsorgung von Rohstoffen geliefert und folglich externe Kosten internalisiert werden; fordert die Kommission auf, die Entwicklung dieser Instrumente zu fördern und zu deren Nutzung anzuregen;
23. betont, dass die Tätigkeiten zur Rohstoffgewinnung unter Einhaltung höchster Sicherheitsnormen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Umweltschutz erfolgen müssen, um Unfällen vorzubeugen und die Abbaugebiete zu sanieren;
24. stellt fest, dass durch den Einsatz von Zyanid in der Bergbautechnik, durch den die Umwelt erheblich gefährdet wird, aus einer Tonne Erz gerade einmal 2 Gramm Gold, aus einer Tonne Mobiltelefonabfall hingegen 150-mal so viel, d. h. etwa 300 Gramm Gold, gewonnen werden können, und zwar ohne Einsatz von Zyanid; weist die Kommission deshalb erneut auf seine EntschlieÙung vom 5. Mai 2010 hin, in der es ein generelles Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik bis Ende 2011<sup>1</sup> gefordert hat;
25. hebt es als wichtig hervor, dass die Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, die höchsten internationalen Normen in den Bereichen Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte eingehalten werden und die besten verfügbaren Technologien zur Anwendung kommen; betont, dass in der Rohstoffgewinnung tätige Unternehmen große Verantwortung tragen und daher sicherstellen müssen, dass die Gesundheit von Anwohnern durch die Rohstoffgewinnung nicht beeinträchtigt wird; fordert die Kommission auf, den Geist des Dodd-Frank-Bundesgesetzes der USA über Mineralien aus Konfliktgebieten zu übernehmen und rasch einen Legislativvorschlag vorzulegen; unterstützt die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI);
26. betont, dass die Entwicklungspolitik kein Instrument der Rohstoffdiplomatie ist; schließt sich der Auffassung an, dass Handelsabkommen die erforderliche Flexibilität bieten sollten, um Entwicklungsländer bei der Herstellung von Verbindungen zwischen der Rohstoffwirtschaft und der örtlichen Wirtschaft zu unterstützen; ist der Ansicht, dass die Rohstoffhoheit des jeweiligen Staates geachtet werden muss, und fordert die Kommission

---

<sup>1</sup> EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 5. Mai 2010 zu einem generellen Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik in der Europäischen Union; P7\_TA(2010)0145.

in diesem Zusammenhang auf, mit einem differenzierten Ansatz den verschiedenen einzelstaatlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, damit die Entwicklungsziele und die Industrialisierung von Entwicklungsländern nicht gefährdet werden;

27. betont, dass dies mit den erklärten Zielen der Politik für Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe im Einklang stehen muss; vertritt die Auffassung, dass die an Rohstoffen reichen Entwicklungsländer nicht auf die Rolle von Netto-Rohstoffexporteuren reduziert werden dürfen, sondern vielmehr eine eigene Industrie- und Entwicklungspolitik konzipieren und in der Wertschöpfungskette einen höheren Platz erreichen müssen; lehnt eine neokolonialistische Einstellung ab, die sich hinter der sogenannten Rohstoffdiplomatie verbirgt;
28. fordert, stärker an der Nachhaltigkeit ausgerichtete und von der Rohstoffverwendung entkoppelte Geschäftsmodelle aktiv einzuführen und zu fördern, um die künftige Verfügbarkeit von Rohstoffen in der EU zu gewährleisten; fordert die Kommission auf, neue Instrumente (beispielsweise „Ökozertifikate“ für die verstärkte Verwendung von Sekundärrohstoffen) zu konzipieren, mit denen auf eine effizientere Ressourcenverwendung ohne unerwünschte Nebeneffekte abgezielt wird; legt der Kommission nahe, eine umfassende Studie über Leasingmodelle in der Wirtschaft als Alternative zum Eigentum an Gütern und die Auswirkungen dieser Modelle auf die Rohstoffverwendung und -rückgewinnung durchzuführen; hebt hervor, dass die Schaffung eines entsprechenden Bewusstseins die größte Herausforderung in diesem Zusammenhang ist;
29. betont, dass ein neuer Indikator, der über das BIP hinausgeht und der Messung des Ressourcenverbrauchs und der Ressourcenproduktivität dient, von entscheidender Bedeutung ist, was die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffverwendung anbelangt;
30. weist auf die schädlichen Auswirkungen von Spekulationen mit Rohstoffen hin; vertritt die Auffassung, dass der tatsächliche Markt nicht durch den Finanzderivatemarkt überlagert werden darf, dessen Volumen im Lauf der Jahre unverhältnismäßig zugenommen hat, sodass Maßnahmen auf diesem Gebiet notwendig und dringlich werden; betrachtet es als wichtig, dass zuverlässige offizielle Informationen über tatsächliche Rohstoffströme und -vorräte zur Verfügung stehen;
31. fordert die Kommission auf, die Auswirkungen einer Steuer auf mineralische Rohstoffe, nicht verwendete gewonnene Rohstoffe, nichtenergetische Rohstoffe, die Wasser- und die Landnutzung zu prüfen und insbesondere alle Nebeneffekte zu untersuchen, beispielsweise die nicht nachhaltige Substitution, Steuerhinterziehung oder eine Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit in Drittländer, und hierzu Vorschläge für EU-Instrumente vorzulegen, die mit der Ressourceneffizienz als Priorität im Einklang stehen; weist darauf hin, dass die Besteuerung von Primärrohstoffen wie Metallen dazu beitragen würde, den komparativen Vorteil von der Gewinnung von Rohstoffen aus noch unerschlossenen Quellen auf das Recycling umzulenken und die Steuerlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Ressourcen zu verlagern;
32. fordert die Kommission auf, ihre Vorbereitungen in Bezug auf eine Innovationspartnerschaft für Rohstoffe im Einklang mit der Leitinitiative zur



Innovationsunion fortzusetzen, und hält es für wichtig, dass alle einschlägig zuständigen Institutionen bereits frühzeitig eng zusammenarbeiten;

33. ist der Ansicht, dass die Verlängerung der Lebensdauer von Produkten und folglich auch derjenigen von Rohstoffen und biotischen Ressourcen gefördert werden sollte, weil sich deren Gewinnung, Verwendung und Entsorgung erheblich auf die Landnutzung, Wasser- und Energiewirtschaft und den Verkehr auswirkt; weist darauf hin, dass die Rohstoffstrategie in die breiter angelegte Strategie EU 2020 als wesentlicher Bestandteil von deren Zielen integriert werden muss; fordert gezieltere Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz und macht darauf aufmerksam, dass sich eine höhere Effizienzquote bei der Rohstoffverwendung erheblich auf die Sektoren Industrie und Verkehr auswirkt;
34. fordert die Kommission auf, Daten über das in der EU vorhandene Potenzial zur Rückgewinnung von Rohstoffen durch Aushub von Deponiematerial zu erfassen und Normen für die Bedingungen auszuarbeiten, unter denen die Ausbaggerung von Deponien erfolgen könnte, und dabei auch die mögliche Rückgewinnung anderer Ressourcen, die Energieeffizienz im Vergleich zur Gewinnung von Primärrohstoffen, mögliche Nebenfolgen für die Umwelt und die Gesundheit des Menschen (wie die Freisetzung von Treibhausgasen und toxischen Stoffen) und das Potenzial in den Bereichen Energieerzeugung und Renaturierung einzuschließen.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	21.6.2011
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                42 -:                2 0:                 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	János Áder, Kriton Arsenis, Sophie Auconie, Pilar Ayuso, Nessa Childers, Chris Davies, Esther de Lange, Bas Eickhout, Edite Estrela, Jill Evans, Karl-Heinz Florenz, Elisabetta Gardini, Gerben-Jan Gerbrandy, Julie Girling, Françoise Grossetête, Cristina Gutiérrez-Cortines, Satu Hassi, Jolanta Emilia Hibner, Karin Kadenbach, Linda McAvan, Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė, Gilles Pargneaux, Antonyia Parvanova, Mario Pirillo, Pavel Poc, Vittorio Prodi, Oreste Rossi, Dagmar Roth-Behrendt, Daciana Octavia Sârbu, Carl Schlyter, Horst Schnellhardt, Richard Seeber, Theodoros Skylakakis, Åsa Westlund, Glenis Willmott, Marina Yannakoudakis
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	João Ferreira, Jutta Haug, Marisa Matias, Judith A. Merkies, Miroslav Mikolášik, Bill Newton Dunn, Birgit Schnieber-Jastram, Michail Tremopoulos